

Auch für Marjorie Cohn, eine US-Professorin für Strafrecht, sind die US-Angriffskriege im Irak, in Afghanistan und Pakistan völkerrechtswidrig.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 291/09 – 29.12.09**

Obamas Afpak-Krieg ist illegal

Von Marjorie Cohn

INFOMATION CLEARING HOUSE, 22.12.09

(<http://www.informationclearinghouse.info/article24246.htm>)

Präsident Obama hat den Friedensnobelpreis angenommen – neun Tage, nachdem er bekannt gab, dass er weitere 30.000 Soldaten nach Afghanistan senden werde. Das Nobel-Komitee hat sicher nicht damit gerechnet, dass er diesen Kriege weiter eskaliert, als es ihn mit dem Preis ermuntern wollte, den Krieg zu beenden und endlich Frieden zu machen.

Nach zwei verheerenden Weltkriegen, die Millionen Menschenleben forderten, haben die Staaten der Welt 1945 die Vereinten Nationen gegründet, "um nachfolgende Generationen von der Geißel des Krieges zu befreien". Die UN-Charta beruht auf den Prinzipien des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und auf dem Schutz der Menschenrechte. Die USA, eines der Gründungsmitglieder der Vereinten Nationen, haben jedoch häufig gegen die Bestimmungen der UN-Charta verstoßen, obwohl sie nach der Supremacy Clause (der Vorrang-Klausel, s. http://en.wikipedia.org/wiki/Supremacy_Clause) der US-Verfassung Teil der US-Gesetze sind.



Marjorie Cohn

(<http://jurist.law.pitt.edu/forum/forumnew121.php>)

Obwohl der US-Überfall auf Afghanistan genau so völkerrechtswidrig wie der Überfall auf den Irak war, betrachten ihn viele Amerikaner als gerechtfertigte Antwort auf die Anschläge am 11. September 2001. Auf einem Titelblatt des Magazins TIME wurde er als "Der berechtigte Krieg" bezeichnet. Obama hat im Wahlkampf zwar die Beendigung des Irak-Krieges versprochen, aber gleichzeitig die Ausweitung des Afghanistan-Krieges angekündigt. Mittlerweile wird aber auch der Krieg in Afghanistan von der Mehrheit der Amerikaner abgelehnt.

In der Charta der Vereinten Nationen ist festgelegt, dass alle Mitgliedstaaten ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel beilegen müssen und keine Nation militärische Gewalt anwenden darf (Art. 2, 3.) – außer zur Selbstverteidigung (Art. 51) oder wenn sie vom Sicherheitsrat dazu autorisiert ist (Art. 42). Nach den Anschlägen am 11.09. verabschiedete der Sicherheitsrat zwar zwei Resolutionen, aber keine von beiden erlaubte den Einsatz militärischer Gewalt in Afghanistan. (Text der UN-Charta s. <http://www.un-ric.org/de/charta>)

Die "Operation Enduring Freedom" (Bezeichnung des US-Militärs für den Afghanistan-Krieg) war nach der UN-Charta kein legitimer Akt der Selbstverteidigung, weil die Anschläge am 11.09. Verbrechen gegen die Menschlichkeit und kein "bewaffnete Angriff" eines anderen Staates waren (Art. 51). Afghanistan hat die Vereinigten Staaten nicht angegriffen. 15 der 19 (angeblichen) Luftpiraten stammten aus Saudi-Arabien. Außerdem stand auch nach dem 11.09. kein bewaffneter Angriff bevor, sonst hätte Präsident Bush nicht

drei Wochen gewartet, bevor er im Oktober 2001 mit der Bombardierungs-Kampagne begann. Selbstverteidigung ist dann legitim, wenn sie "unaufschiebbar und zwingend notwendig ist, und keine Zeit zur Wahl anderer Mittel oder für Überlegungen bleibt" (s. <http://www.stonybrook.edu/globalhistory/PreventiveWar.shtml#anchor2>). Diese klassische Definition der Selbstverteidigung im Völkerrecht wurde vom Nürnberger Tribunal und von der Generalversammlung der Vereinten Nationen bestätigt.

Bushs Rechtfertigung für den Angriff auf Afghanistan war die Behauptung, dass dieses Land Osama bin Laden beherberge und die Ausbildung von Terroristen erlaube, obwohl bin Laden erst im Jahr 2004 die Verantwortung für die Anschläge am 11.09. übernahm. (Das soll er angeblich schon in einem 2001 "aufgefundenen", nachweislich gefälschten Video getan haben, s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP22809_191009.pdf .) Die WASHINGTON POST berichtete damals, nachdem Bush die Taliban aufgefordert habe, bin Laden an die Vereinigten Staaten auszuliefern, hätte der Botschafter der Taliban in Pakistan erklärt, seine Regierung wolle erst Beweise dafür, dass bin Laden an den Anschlägen beteiligt gewesen sei, bevor sie über die geforderte Auslieferung entscheide. Nachdem dieser Nachweis nicht erfolgte, lieferten die Taliban bin Laden auch nicht aus, und Bush begann, Afghanistan zu bombardieren. (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP27609_111209.pdf)

Der Grund, den Bush für den Angriff auf Afghanistan angeben hat, war also rechtlich nicht stichhaltig. Mit dem gleichen Argument hätten die Iraner die USA angreifen können, als sie 1979 den brutalen Schah Resa Pahlavi verjagten und die Vereinigten Staaten ihm eine sichere Zuflucht gewährten. Wäre ein Angriff des Irans auf die USA legitim gewesen, wenn die neue iranische Regierung die Auslieferung des Schahs gefordert und wir sie verweigert hätten? Natürlich nicht!

Als Obama (in West Point) seine Truppenverstärkung für Afghanistan ankündigte, berief auch er sich auf die Anschläge am 11. September 2001. (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP27009_041209.pdf). Indem er Bushs Krieg in Afghanistan fortsetzt und ausweitet, verletzt auch Obama die UN-Charta. In seiner Nobelpreis-Rede erklärte Obama, dass er das "Recht" habe, "unilateral" über die Führung von Kriegen zu entscheiden. Eine unilaterale Entscheidung über den Einsatz militärischer Gewalt ist jedoch völkerrechtswidrig, wenn sie nicht zur (klar definierten) Selbstverteidigung erfolgt.

Diejenigen, die sich verabredeten, am 11.09. Flugzeuge zu entführen und Tausende von Menschen zu töten, haben Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen. Sie müssen identifiziert und in Übereinstimmung mit dem Gesetz vor Gericht gestellt werden. Die durch den Überfall auf Afghanistan geübte Vergeltung war keine (rechtmäßige) Antwort. Sie hat den USA und Afghanistan nur viele Verluste verursacht, und noch mehr Hass auf die Vereinigten Staaten hervorgerufen.

Es fällt doch auf, dass in der öffentlichen Diskussion eine politische Analyse der Ursachen für die Tragödie am 11.09. fehlt. Diese Debatte ist aber notwendig, weil wir eine umfassende Strategie zur Veränderung der US-Außenpolitik brauchen, um uns vom Zorn derjenigen zu befreien, die den amerikanischen Imperialismus verachten. Der "globale Krieg gegen den Terror" ist von den meisten US-Bürgern kritiklos akzeptiert worden. Terrorismus ist aber nur eine Taktik und kein (angreifbarer) Feind. Einer Taktik kann man nicht den Krieg erklären. Wer den Terrorismus bekämpfen will, muss seine Ursachen ergründen und sich mit der Armut, der fehlenden Bildung und den Auswirkungen der Besetzung durch ausländische Truppen beschäftigen.

In seiner Ankündigung, 30.000 zusätzliche US-Soldaten nach Afghanistan entsenden zu

wollen, erwähnte Obama Pakistan nur am Rande. Dabei hat er Pakistan von der CIA mit mehr unbemannten Predator-Drohnen angreifen lassen als Bush. Nach Schätzungen haben diese Roboter schon mehrere hundert Zivilisten getötet. Die meisten Pakistaner lehnen diese Angriffe ab. Bei einer Meinungsumfrage, die im letzten Sommer in Pakistan durchgeführt wurde, waren 67 Prozent dagegen und nur 9 Prozent dafür. Es ist auch bezeichnend, dass eine Mehrheit der Pakistaner in den Vereinigten Staaten eine größere Bedrohung für ihr Land sehen, als in den Taliban und in ihrem Erzrivalen Indien.

Viele Länder benutzen Drohen zur Überwachung, aber nur die Vereinigten Staaten und Israel setzen sie auch für Angriffe ein. Scott Shane schrieb in der NEW YORK TIMES: "Zum ersten Mal in der Geschichte verwendet ein ziviler Geheimdienst Roboter, um Militärmis-sionen durchzuführen und gezielt Menschen in einem Land zu töten, mit dem die Vereinigten Staaten nicht offiziell Krieg führen."

Dieser Drohnen-Einsatz in Pakistan verletzt sowohl die Charta der Vereinten Nationen als auch die Genfer Konventionen, die absichtliche Tötungen verbieten. Vorsätzliche oder politische Morde – die manchmal auch "außergerichtliche Hinrichtungen" genannt werden – finden auf Anordnung oder mit Billigung einer Regierung außerhalb jedes gerichtlichen Verfahrens statt. In einem 1998 veröffentlichten Report eines UN-Sonderberichterstatters wird festgestellt: "Exekutionen ohne Gerichtsurteil sind unter keinen Umständen gerechtfertigt, auch nicht in Kriegszeiten." (Ein sehr ausführlicher UN-Report zur Praktizierung der Todesstrafe in den Vereinigten Staaten ist aufzurufen unter <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G98/102/37/PDF/G9810237.pdf?OpenElement> .) Vorsätzliche Tötung ist ein schwerer Bruch der Genfer Konventionen und nach dem U.S. War Crimes Act (dem US-Gesetz über Kriegsverbrechen) ein zu bestrafendes Kriegsverbrechen. Außergerichtliche Hinrichtungen verletzen auch ein seit langer Zeit bestehendes Prinzip der US-Außenpolitik. Als der Geheimdienstausschuss des US-Senats in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts bekannt gab, dass die CIA an mehreren Morden oder Mordversuchen an ausländischen Staatsmännern beteiligt war, erließ Präsident Gerald Ford einen Verfügung, mit der solche Morde verboten wurden. Obwohl immer wieder gegen diese Verfügung verstoßen wurde, haben alle nachfolgenden Präsidenten bis zu George W. Bush sie bestätigt.

Obama versucht den (angekündigten) Abzug aus dem Irak durch eine Ausweitung des Afghanistan-Krieges wettzumachen. Er handelt wie Lyndon Johnson, der die Warnung des Verteidigungsministers Robert McNamara vor dem Vietnam-Krieg zurückwies, "weil er sich vor den Rechten mehr fürchtete als vor den Linken"; das sagte McNamara in einem 2007 von der WASHINGTON POST veröffentlichten Interview mit Bob Woodward. (s. <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2009/10/16/AR2009101603310.html>)

Etwa 30 Prozent aller US-Todesfälle in Afghanistan sind seit Beginn der Präsidentschaft Obamas zu beklagen. Dieser Krieg kostet – einschließlich der gerade angekündigten Truppenverstärkung um 30.000 US-Soldaten – rund 100 Milliarden Dollar pro Jahr. Dieses Geld sollte besser für den Bau von Schulen in Afghanistan und in Pakistan und zur Schaffung von Arbeitsplätze oder zur Finanzierung der Gesundheitsfürsorge in den USA verwendet werden.

Viele Demokraten im US-Kongress sind mit Obamas Entscheidung, mehr Truppen nach Afghanistan zu entsenden, sehr unzufrieden. Wir müssen sie dazu ermuntern, standhaft zu bleiben und die weitere Finanzierung dieses Krieges zu verweigern. Die Linken müssen sich organisieren und Obama demonstrieren, dass wir eine Kraft sind, deren Forderungen er zu berücksichtigen hat.

Marjorie Cohn war bis vor kurzem Präsidentin der National Lawyers Guild (der linken Nationalen Gilde der Rechtsanwälte, <http://www.nlg.org/>); sie ist Professorin an der Thomas Jefferson School of Law (s. <http://www.tjssl.edu/>), wo sie Vorlesungen über Strafrecht, Verfahrensrecht, Beweisführung und internationales Menschenrecht hält. Sie tritt auf der ganzen Welt mit Vorträgen über Menschenrechte und US-Außenpolitik auf. Besuchen Sie ihre Website <http://marjoriecohn.com>.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Anmerkungen in Klammern versehen. Obwohl Marjorie Cohn die längst widerlegte offizielle Darstellung der US-Regierung zu den Anschlägen am 11. September 2001 nicht in Frage stellt, kommt auch sie zu dem Schluss, dass nicht nur die US-Angriffskriege im Irak und in Afghanistan, sondern auch die US-Militäraktionen in Pakistan – und damit auch die gleichgearteten in anderen Ländern – völkerrechtswidrig sind.)



Obama's Af-Pak War is Illegal

By Marjorie Cohn

December 22, 2009 "Ich" -- President Obama accepted the Nobel Peace Prize nine days after he announced he would send 30,000 more troops to Afghanistan. His escalation of that war is not what the Nobel committee envisioned when it sought to encourage him to make peace, not war.

In 1945, in the wake of two wars that claimed millions of lives, the nations of the world created the United Nations system to "save succeeding generations from the scourge of war." The UN Charter is based on the principles of international peace and security as well as the protection of human rights. But the United States, one of the founding members of the UN, has often flouted the commands of the charter, which is part of US law under the Supremacy Clause of the Constitution.

Although the U.S. invasion of Afghanistan was as illegal as the invasion of Iraq, many Americans saw it as a justifiable response to the attacks of September 11, 2001. The cover of Time magazine called it "The Right War." Obama campaigned on ending the Iraq war but escalating the war in Afghanistan. But a majority of Americans now oppose that war as well.

The UN Charter provides that all member states must settle their international disputes by peaceful means, and no nation can use military force except in self-defense or when authorized by the Security Council. After the 9/11 attacks, the council passed two resolutions, neither of which authorized the use of military force in Afghanistan.

"Operation Enduring Freedom" was not legitimate self-defense under the charter because the 9/11 attacks were crimes against humanity, not "armed attacks" by another country. Afghanistan did not attack the United States. In fact, 15 of the 19 hijackers hailed from Saudi Arabia. Furthermore, there was not an imminent threat of an armed attack on the United States after 9/11, or President Bush would not have waited three weeks before initiating his October 2001 bombing campaign. The necessity for self-defense must be "instant, overwhelming, leaving no choice of means, and no moment for deliberation." This classic

principle of self-defense in international law has been affirmed by the Nuremberg Tribunal and the UN General Assembly.

Bush's justification for attacking Afghanistan was that it was harboring Osama bin Laden and training terrorists, even though bin Laden did not claim responsibility for the 9/11 attacks until 2004. After Bush demanded that the Taliban turn over bin Laden to the United States, the Taliban's ambassador to Pakistan said his government wanted proof that bin Laden was involved in the 9/11 attacks before deciding whether to extradite him, according to the Washington Post. That proof was not forthcoming, the Taliban did not deliver bin Laden, and Bush began bombing Afghanistan.

Bush's rationale for attacking Afghanistan was spurious. Iranians could have made the same argument to attack the United States after they overthrew the vicious Shah Reza Pahlavi in 1979 and the U.S. gave him safe haven. If the new Iranian government had demanded that the U.S. turn over the Shah and we refused, would it have been lawful for Iran to invade the United States? Of course not.

When he announced his troop "surge" in Afghanistan, Obama invoked the 9/11 attacks. By continuing and escalating Bush's war in Afghanistan, Obama, too, is violating the UN Charter. In his speech accepting the Nobel Peace Prize, Obama declared that he has the "right" to wage wars "unilaterally." The unilateral use of military force, however, is illegal unless undertaken in self-defense.

Those who conspired to hijack airplanes and kill thousands of people on 9/11 are guilty of crimes against humanity. They must be identified and brought to justice in accordance with the law. But retaliation by invading Afghanistan was not the answer. It has led to growing U.S. and Afghan casualties, and has incurred even more hatred against the United States.

Conspicuously absent from the national discourse is a political analysis of why the tragedy of 9/11 occurred. We need to have that debate and construct a comprehensive strategy to overhaul U.S. foreign policy to inoculate us from the wrath of those who despise American imperialism. The "global war on terror" has been uncritically accepted by most in this country. But terrorism is a tactic, not an enemy. One cannot declare war on a tactic. The way to combat terrorism is by identifying and targeting its root causes, including poverty, lack of education, and foreign occupation.

In his declaration that he would send 30,000 additional U.S. troops to Afghanistan, Obama made scant reference to Pakistan. But his CIA has used more unmanned Predator drones against Pakistan than Bush. There are estimates that these robots have killed several hundred civilians. Most Pakistanis oppose them. A Gallup poll conducted in Pakistan last summer found 67% opposed and only 9% in favor. Notably, a majority of Pakistanis ranked the United States as a greater threat to Pakistan than the Taliban or Pakistan's arch-rival India.

Many countries use drones for surveillance, but only the United States and Israel have used them for strikes. Scott Shane wrote in the New York Times, "For the first time in history, a civilian intelligence agency is using robots to carry out a military mission, selecting people for targeted killings in a country where the United States is not officially at war."

The use of these drones in Pakistan violates both the UN Charter and the Geneva Conventions, which prohibit willful killing. Targeted or political assassinations—sometimes called extrajudicial executions—are carried out by order of, or with the acquiescence of, a government, outside any judicial framework. As a 1998 report from the UN Special Rappor-

teur noted, "extrajudicial executions can never be justified under any circumstances, not even in time of war." Willful killing is a grave breach of the Geneva Conventions, punishable as a war crime under the U.S. War Crimes Act. Extrajudicial executions also violate a longstanding U.S. policy. In the 1970s, after the Senate Select Committee on Intelligence disclosed that the CIA had been involved in several murders or attempted murders of foreign leaders, President Gerald Ford issued an executive order banning assassinations. Although there have been exceptions to this policy, every succeeding president until George W. Bush reaffirmed that order.

Obama is trying to make up for his withdrawal from Iraq by escalating the war on Afghanistan. He is acting like Lyndon Johnson, who rejected Defense Secretary Robert McNamara's admonition about Vietnam because LBJ was "more afraid of the right than the left," McNamara said in a 2007 interview with Bob Woodward published in the Washington Post.

Approximately 30% of all U.S. deaths in Afghanistan have occurred during Obama's presidency. The cost of the war, including the 30,000 new troops he just ordered, will be about \$100 billion a year. That money could better be used for building schools in Afghanistan and Pakistan, and creating jobs and funding health care in the United States.

Many congressional Democrats are uncomfortable with Obama's decision to send more troops to Afghanistan. We must encourage them to hold firm and refuse to fund this war. And the left needs to organize and demonstrate to Obama that we are a force with which he must contend.

Marjorie Cohn is the immediate past president of the National Lawyers Guild and a professor at Thomas Jefferson School of Law, where she teaches criminal law and procedure, evidence, and international human rights law. She lectures throughout the world on human rights and US foreign policy. Visit her blog <http://marjoriecohn.com>

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern